

Newsletter

Nr. 43 / September 2013

Editorial

Im Fokus der Weltpolitik stehen seit Tagen Berichte über einen möglichen Militärschlag der USA gegen Syrien. Der deutschen Außenpolitik wird vorgeworfen, keine Verantwortung zu übernehmen und keine eindeutige Position zu beziehen. Währenddessen versuchen tausende von Menschen aus Syrien zu fliehen und Asyl in Europa zu bekommen, ca. 40.000 Syrer_innen haben bisher Asylanträge in Europa gestellt. In Berlin wurde letzten Donnerstag entschieden, dennoch bei einer Aufnahmezahl von maximal 5.000 Flüchtlingen zu bleiben. Mehrere Bundesländer haben sich jedoch entschlossen, darüber hinaus weitere Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen.

Was zunächst gut und einfach klingt, ist jedoch keineswegs unproblematisch: Nur wer bereits Verwandte in Deutschland hat, die für den Lebensunterhalt aufkommen können, wird aufgenommen. In klaren Worten:

Wer wohlhabende Verwandte hat, hat größere Chancen zu überleben.

Darüber hinaus kommt es auch bundesweit mancherorts zu Widerständen gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte. Besonders besorgniserregend sind die massiven Proteste im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf, wo rund 150 Rechtsextreme aufmarschierten, um gegen die Neueinrichtung einer Asylunterkunft zu protestieren. Die Zahl der Gegendemonstrant_innen, die ihre Solidarität mit den Flüchtlingen bekundeten, betrug 750 - immerhin. Aber auch hier in Rheinland-Pfalz gibt es laute Proteste gegen die Unterbringung von Flüchtlingen. So wurden in Mainz-Bretzenheim 180 Unterschriften gegen die Ansiedlung von Flüchtlingen im SPAZ“-Gebäude gesammelt. Bei der Begründung distanziert man sich von rechtspopulistischen Argumenten und

betont die Notwendigkeit eines Kindergartens an dieser Stelle vor. In Mainz-Gonsenheim waren die Proteste einiger Bürger_innen gegen die Unterbringung in der ehemaligen Pension Waldhorn erfolgreich, die Unterbringung von 140 Flüchtlingen erfolgt nun in der Zwerchallee, was eine Reaktivierung der einstiegen Notunterkunft im Gewerbegebiet bedeutet, welche nun renoviert werden soll.

Die katastrophalen Zustände von Sammelunterkünften werden seit Jahren massiv von Flüchtlingsorganisationen kritisiert. Oftmals kommt zu einer schlechten Ausstattung der Räumlichkeiten die schlechte Infrastruktur, was die Möglichkeit auf soziale Teilhabe und ein menschenwürdiges verhindert.

Doch wird jetzt auch deutlich, dezentrale Unterbringungen in Wohngebieten stoßen auf erschreckenden Widerstand in der Bevölkerung. Dabei werden mal mehr, mal weniger offen rassistischen Ressentiments und Vorurteile geäußert, die an die 90 Jahre erinnern. Dabei sollten gerade Menschen die auf der Flucht sind, nicht auch noch in dem Land, in dem sie Schutz suchen, Anfeindungen, Gewalt, Vorbehalten und Ablehnung ausgesetzt sein. Statt Protest, sind Lösungen nötig, wie sich angemessene Unterkünfte finden und gestalten lassen. Diese sollten vor allem gewissen Standards entsprechen die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, statt es zu verhindern. Es ist deshalb nur zu begrüßen, dass viele zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Politiker_innen für ein Willkommen und eine Solidarität mit Menschen auf der Flucht aufrufen und öffentlich Stellung beziehen.

Die AGARP fordert deswegen klar dazu auf: Lassen Sie uns gemeinsam das Willkommen lauter machen als den Protest!

Ihr AGARP-Redaktionsteam

Inhalt

Editorial	1
Neuer Rechtshilfefonds	2
Buchtipps	2
Racial Profiling	3
Wahlkreis 100 %	3
Antidiskriminierung	3
Aktionswoche	4
„Anerkennen statt Ausgrenzen“	4
Ergebnisse Umfrage Ausländerbehörde	4
Rundfunkrat des SWR	5
GfA Ingelheim	5
Jugendbildungsangebot	6
Anträge zur Anerkennung	6
Beratung zur Anerkennung	6
Zum Nachdenken	7
Arbeit der Beiräte für Migration und Integration	7

Impressum

Herausgeberin:

AGARP. Arbeitsgemeinschaft
der Beiräte für Migration und
Integration in Rheinland-Pfalz
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz

Redaktion und Texte:

J. Adler, N. Canpolat,
I. Hoensch, F. Kocatürk,
S. Özen, E. Secker,
S. Soendgen, S. Soyer,
S. Steller, H. Tor, C. Wittmer

Kontakt

newsletter@agarp.de
Tel. 06131/ 638435

Muslime und Roma sind erstmals im Rundfunkrat des SWR vertreten

Novum für eine öffentlich-rechtliche Anstalt

Nach dem neuen SWR Staatsvertrag gehören Vertretungen von Muslimen und Roma dem Rundfunkrat an. Der Sender unterschrieb mit den Ministerpräsidenten der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Winfried Kretschmann (Grüne) und Malu Dreyer (SPD) einen neuen Staatsvertrag, der ab Januar 2014 in Kraft tritt.

Danach ziehen sich die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz aus dem Rundfunkrat zurück. Die Zusammensetzung des 74-köpfigen Kontrollgremiums verändert sich zugunsten von Umweltverbänden, Gewerkschaften und

Minderheiten. So sollen dem Rundfunkrat vom Jahreswechsel an erstmals Sinti und Roma sowie Muslime angehören. Die Pluralität der heutigen Gesellschaft solle sich in dem Gremium widerspiegeln, so Kretschmann. Ministerpräsidentin Dreyer beschrieb die Aufnahme von Vertretungen der Muslime und der Roma als bedeutenden Meilenstein.

Der Rundfunkrat ist das oberste Programmkontrollgremium beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Er bestimmt nicht die Programmplanung, überwacht aber, dass die Anstalten ihren gesetzlichen Sende- und Kulturauftrag einhalten.

Überdies soll er durch seine Besetzung garantieren, dass die Programme allen gesellschaftlich relevanten Gruppen offen stehen.

Zudem gab der Sender bekannt, dass nach einer internen Umfrage etwas mehr als 19 Prozent aller Beschäftigten des Südwestrundfunks (SWR) Migrationsgeschichte haben. Dieser Prozentsatz entspricht in etwa auch dem Anteil auf Bundesebene (19,5 Prozent); in Baden-Württemberg sind es 25 Prozent und in Rheinland-Pfalz knapp 19 Prozent. Jedoch wurde nicht mitgeteilt, in welcher Funktion die Beschäftigten mit Migrationsgeschichte tätig sind.

Neukonzeption der GfA Ingelheim

Oberstes Ziel: Abschiebungshaft abschaffen

Am 9. Juli 2013 wurde im MIFKJF von Integrationsministerin Irene Alt ein neues Konzept für die Abschiebungshaft in Rheinland-Pfalz vorgestellt. Alt betonte, die Abschiebungshaft abzuschaffen, habe weiterhin Priorität. Durch eine Bundesratsinitiative soll dieses Ziel weiter verfolgt werden. So lange es aber nicht umgesetzt werden könne, gelte es, die Inhaftierung zu vermeiden oder aber so human wie möglich zu gestalten. Bereits am 21. Februar hatte die Ministerin darauf hingewiesen, dass Abschiebungshaft nicht gleich Strafvollzug bedeute. Daher hat der Runde Tisch Ingelheim, der aus Akteurinnen und Akteuren der Politik, Glaubensgemeinschaften und NGOs besteht, einen Maßnahmenkatalog

erstellt, der die Haft so human wie möglich gestalten soll. Bereits in den letzten zwei Jahren konnte der Runde Tisch einige Maßnahmen umsetzen. So gibt es mittlerweile mehr Freizeit- und Rückzugsräume, die Beratungsangebote wurden erweitert und die Räumlichkeiten freundlicher gestaltet. Die Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige (GfA) Ingelheim, die vor zwölf Jahren für Rheinland-Pfalz und das Saarland in Betrieb genommen wurde, ist für 152 Insassen ausgelegt. Selten sind mehr als ein Viertel aller Plätze vergeben. Die Häftlinge haben die Gelegenheit, für einen Betrag von 1,02€ kleine Tätigkeiten zu übernehmen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung setzt gleichzeitig auf Ab-

schiebungshaftvermeidung.

Die Methoden liegen in der Beratung zur geförderten Rückkehr und Fortbildungen von Vertreterinnen und Vertretern beteiligter Behörden. Außerdem gibt es einen ersten Teilerlass zur Vermeidung der Inhaftnahme von besonders schutzbedürftigen Personengruppen. Dieser Erlass schließt alte Menschen, Alleinerziehende, Familien mit minderjährigen Kindern oder psychisch Kranke ein. Trotzdem sind diese Maßnahmen keine Ziele. Oberstes Ziel bleibt die Abschaffung der Abschiebungshaft. Doch so lange ein entsprechendes Bundesgesetz dem im Weg steht, können nur, laut Irene Alt, „die Haftbindungen so menschenwürdig und offen wie irgend möglich gestaltet werden.“

